

Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2011

28. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,

der heute Ihnen vorzustellende Haushaltsentwurf 2011 ist der dritte – der dritte in der Legislaturperiode und der dritte im doppelischen Buchungsstil. Im Umgang mit dem doppelischen Zahlenwerk werden wir alle langsam zwar Stück für Stück erfahrener, von einer Routine können weder Sie als Stadträte noch wir in der Kämmerei sprechen. Doch egal ob kameral oder doppelisch – Fehlbeträge sind Fehlbeträge und eine Haushaltsaufstellung im Jahr eins nach der Welt-Wirtschaftskrise mit „angeschlossener“ öffentlicher Finanzkrise bleibt eine schwierige Angelegenheit.

Vor welchem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Haushalt 2011 aufzustellen: wir kommen aus einem Haushaltsjahr 2010 mit einem – nach Ansatz – Finanzmittelfehlbetrag von knapp 53 Mio. EUR; anders ausgedrückt – nach Plan geben wir **jede Woche 1 Mio. EUR mehr aus, als wir einnehmen**. Wie läuft der Haushalt im Jahr 2010 – 10/12 sind ja bereits vorbei. Ich kann es so beschreiben: **er läuft schlechter als der Haushalt von 2009, aber deutlich besser als nach den Planansätzen aufgestellt**. Dies liegt zum einen an der Einkommensteuer, die aus heutiger Momentaufnahme knapp 53 Mio. EUR an Einnahmen bringen wird. Das ist nur knapp unter dem Wert von 2009 – wer hätte dass erwartet – und rd. 6 Mio. EUR mehr als der Ansatz, der aufgrund der Mitteilung des Statistischen Landesamtes auf Basis der aktuellen Steuerschätzung gebildet wurde. Und die Gewerbesteuer? Sie schätzen wir für dieses Jahr auf über 50 Mio. EUR – das sind 5 Mio. EUR weniger als im Vorjahr, aber ca. 5 Mio. EUR besser als angesetzt.

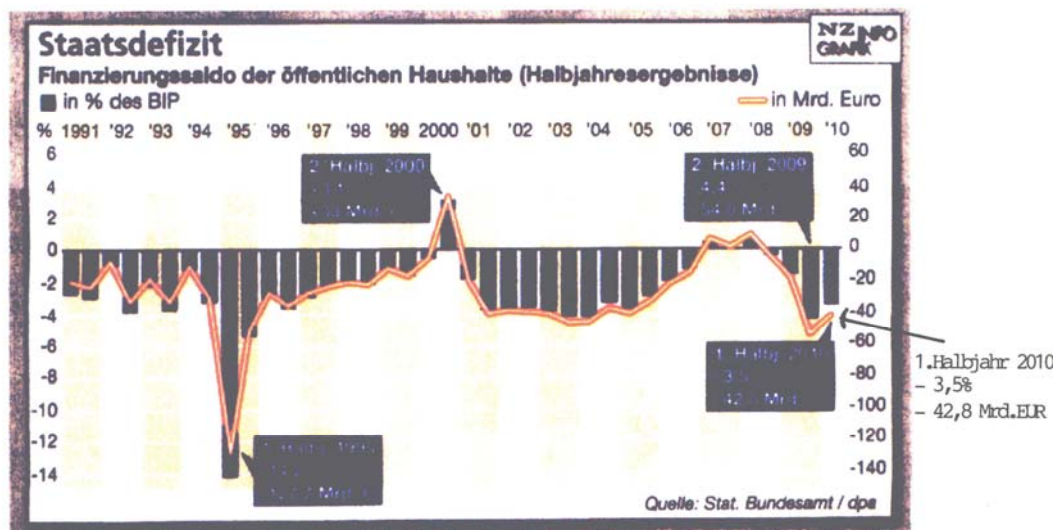
Nun aber zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung, die unsere Einnahmeseite und somit unsere finanzielle Leistungsfähigkeit maßgeblich bestimmt. Deutschlands Wirtschaft war vor einem Jahr „regelrecht“ am Boden, das Bruttosozialprodukt war in 2009 um erschreckende 4,7% eingebrochen. Eine **konjunkturelle Abschwungphase**, eine internationale **Strukturkrise in der Automobilwirtschaft** und eine von Zockern ausgelöste **Bankenkrise** haben unsere Wirtschaft gleichzeitig getroffen und in die tiefste **Rezession** der Nachkriegsgeschichte gestürzt. Die seinerzeitige Bundesregierung mit der großen Koalition hat mit vielen fiskalpolitischen Instrumenten wie der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes oder den Konjunkturpaketen dagegen gehalten und konnte ex post betrachtet den Abschwung tatsächlich stoppen. Oder anders ausgedrückt: dem Patienten wurde die richtige Medizin gegeben, er hat die Krankheit überwunden und er scheint sich erholt zu haben. Mehr noch – die Wirtschaft kommt aktuell aus einem stabilen Sommerhoch, der Wert des Wachstums war im 2. Quartal dieses Jahres so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Die Konjunkturforscher haben ihre Wachstumsprognosen für das laufende Jahr permanent nach oben geschraubt und es wird eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von mind. 3% erwartet. In den kommenden Monaten soll der Aufschwung weitergehen, allerdings mit gebremstem Tempo. Trotzdem wird für 2011 eine Wachstumsrate von +2,0% prognostiziert. Getragen wird dieser Aufschwung von der weltweiten Erholung und in Deutschland durch unseren Export. Davon profitiert der Arbeitsmarkt und seine gute Entwicklung soll ebenfalls weiter anhalten. Gerade in Erlangen können wir das spüren mit unserer exportorientierten Unternehmerschaft. Sie hat genauso wie der Arbeitsmarkt die letztjährige Krise gut überstanden und wir können mit Stolz darauf schauen, dass wir jetzt **weniger Arbeitslose haben als vor einem Jahr**. Unverändert sind wir unter den deutschen Großstädten bei der Arbeitslosenquote auf dem **ersten Platz**. Ganz aktuell haben wir eine Arbeitslosenquote von 3,8%, im Vorjahrsmonat waren es 4,4%. Die Zahl

der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erreichte im März 2010 mit 81.749 einen **neuen historischen Höchststand**.

Überhaupt der Arbeitsmarkt: er war in der Krise erstaunlich resistent und es bleibt festzustellen, dass die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder – die umfangreichsten Reformen im Arbeitsmarkt der letzten Jahrzehnte – strukturelle Probleme beseitigt haben und die strukturelle Arbeitslosigkeit nachhaltig reduzieren konnten. Trotz der damit verbundenen sozialen Härten haben die Hartz-IV-Reformen ihre unabwiesbaren **Erfolge im Arbeitsmarkt**.

Noch mal zur Konjunktur: Deutschlands Wirtschaft erlebt eine fulminante Renaissance und hat sich zu Europas Konjunkturlokomotive gemausert. 2009 von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders hart getroffen kommt sie **besser aus der Krise** als die meisten anderen europäischen Volkswirtschaften. Nach dem verheerenden Vorjahr brummt der deutsche Exportmotor und zieht die deutsche Wirtschaft in Rekordtempo aus der Krise. Vom Export sind aber künftig nicht mehr ganz so starke Impulse zu erwarten wie in den letzten Monaten und Konjunkturforscher sehen Risiken auf wichtigen Auslandsmärkten; vor allem die weitere Konjunkturentwicklung in China und USA lässt sich schwer abschätzen.

Während der deutsche Export boomt, klafft aber in den **Staatskassen ein gigantisches Loch**. Allein im ersten Halbjahr 2010 fehlten dem



Staat rd. 42,8 Mrd. EUR um seine etwa durch Kurzarbeitergeld außergewöhnlich aufgeblähten Ausgaben zu finanzieren. Wie man der Grafik des Statistischen Bundesamtes entnehmen kann, war das Defizit damit mehr als doppelt so groß wie vom Januar bis Juni 2009 mit 18,7 Mrd. EUR. Dabei war Deutschland eigentlich auf einem guten Weg, zumindest das stetige Wachstum des Schuldenbergs zu stoppen. Mit einem Abbau der aufgebauten Staatsverschuldung von jetzt rd. 1,7 Billionen EUR rechne ich realistisch sowieso nicht mehr. Vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hatten Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen 2007 und 2008 sogar zweimal in Folge einen wenn auch geringen Überschuss erzielt; dann aber machte die Wirtschaftskrise einen ganz dicken Strich durch die Rechnung.

Angesichts dieser Zahlen ist es mir unverständlich, dass im politischen Berlin vor dem Hintergrund des allseits unerwarteten und zugleich rasanten Aufschwungs Steuersenkungen gefordert werden. Die national wie international hoch geachtete Bundesbank ermahnt deshalb nicht zu unrecht die Politik, „sämtlichen Versuchungen zu finanzpolitischen Aufweichung etwa durch Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen zu widerstehen“. Ohnehin ist ja zu befürchten, dass sich die Lage der deutschen Staatsfinanzen 2010 nochmals erheblich verschlechtert, denn die umfangreichen Steuersenkungen im laufenden Jahr wie z. B. beim Einkommensteuertarif laufen fort und vermindern die staatlichen Einnahmen weiter.

Die Bundesbank hat gefordert, dass dieser Trend, der sich permanent weiter aufbauenden Staatsdefizite gebrochen werden muss. Dieser Position ist uneingeschränkt zuzustimmen, zumal die jüngste Krise verdeutlicht hat, dass **solide Staatsfinanzen eine entscheidende Voraussetzung für eine handlungsfähige Finanzpolitik in Krisenzeiten ist.**

Denn die Folgen von Staatsdefiziten sind:

1. ein Anstieg der langfristigen Zinsen und eine Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums
2. der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben steigt permanent an und engt so den eigenen Handlungsspielraum immer mehr ein
3. sich immer mehr aufbauende Schuldenberge belasten die künftigen Generationen und sind intergenerativ eine Ungerechtigkeit.

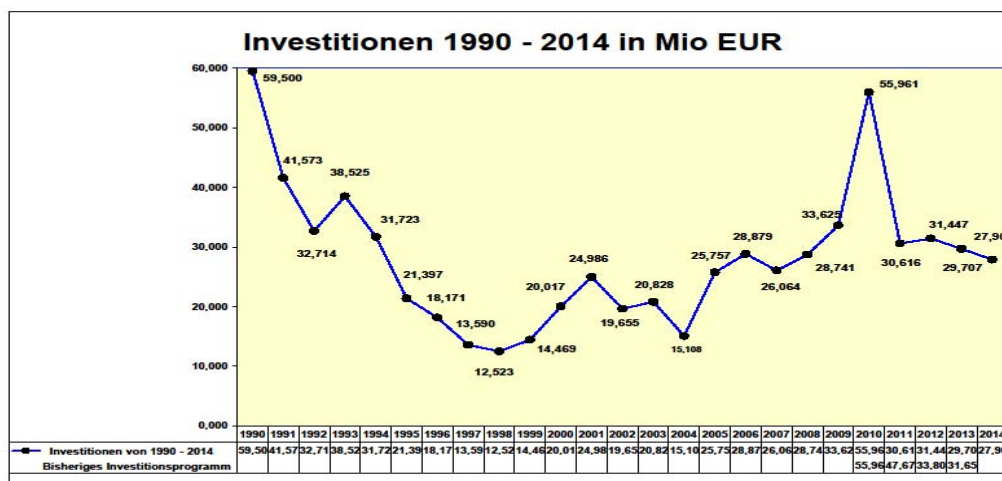
Welche Möglichkeiten hat man, um dieses Staatsdefizit wieder zurück zu fahren:

1. eine höhere Wachstumsrate; von den jetzigen über 3% darf man sich nicht blenden lassen. Sie sind nicht nachhaltig. Realistisch sind per anno 1 bis 1,5% - das reicht aber nicht, um das Staatsdefizit zu reduzieren
2. ein sog. Bail-Out, also andere Staaten springen mittels Transfers oder Garantien für uns ein – ist nicht zu erwarten, ich wüsste auch nicht wer
3. ein Staatsbankrott
so wie Griechenland fast – keine tolle Perspektive
4. eine höhere Inflation
auch nicht gerade fair – und sie ist aktuell auch nicht zu erwarten angesichts einer nicht ansteigenden Geldmenge, bisher – zumindest – moderaten Lohnabschlüssen und einer Produktionsauslastung von unter 80% der Kapazitäten. Bleibt
5. **eine entschlossene Haushaltskonsolidierung**
und sie dürfte der einzige gerechte und richtige Weg sein. Aber: Haushaltskonsolidierung ist eine Medizin, die wohldosiert einzusetzen ist. Sie darf z. B. einen Aufschwung nicht abwürgen. Und Haushaltskonsolidierung muss die Erhaltung einer bestehenden Inf-

rastruktur im Auge behalten!

Erlangen geht – wie viele andere Städte auch – schon seit vielen Jahren den Weg der permanenten Haushaltskonsolidierung. Dadurch war es möglich ein fiskalpolitisches Zeichen zu setzen und das eigene Investitionsvolumen in 2010 auf **respektable 50 Mio. EUR** auszuweiten. Sehr zupass kam der praktizierten Haushaltskonsolidierung und der möglichen Ausdehnung der investiven Ausgaben in den vergangenen Jahren die Erlöse des Röthelheimparks. Ein paar Worte zu diesem Geschäft: der Gewinn des Röthelheimparks, den die Stadt erzielt hat, lag und liegt im Einkauf – nicht im Verkauf. Die Verkaufspreise, die die Bürger für den Erwerb ihrer Parzellen bezahlt haben, waren fair und haben alles andere als das hohe Erlanger Immobilienpreisniveau angeheizt. Die Wahrheit ist und bleibt: Erlangen hat – unter Tragung des Entwicklungskostenrisikos - zu einem absolut fairen Preis von der Republik das Gelände bekommen. Bei allen Klagen über ein nicht konsequentes Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Land-Ebene auf der einen und Kommune auf der anderen Seite und aller Kritik an manch ungleicher Verteilung von Aufgaben zu Lasten der kommunalen Ebene, müssen wir dem Bund auch einmal Dankeschön sagen!

Gestatten Sie mir aber auch ein paar selbstkritische Aussagen zu den Investitionsausgaben:



anhand dieser Grafik können Sie sehen, wie sich die Investitionsausgaben der letzten Jahre entwickeln haben. Die von 1997 – 1999 sowie 2004 verausgabten Investitionsmittel von rd. 15 Mio. EUR waren und sind eindeutig zu wenig, um nachhaltig eine kommunale Großstadteinfrastuktur zu erhalten. So konnte der schon seit vielen, vielen Jahren bestehende Instandhaltungsrückstau nicht abgearbeitet werden. Bei durchschnittlich 15 Mio. EUR per anno ist sogar eher zu befürchten, dass er weiter aufgebaut wird. Die im diesjährigen Plan angesetzten über 55 Mio. EUR, die den Instandhaltungsrückstau erheblich reduzieren können, halten wir aber dauerhaft nicht durch. Sie waren zum einen durch Konjunkturprogramm sowie Krippenausbau bedingt und zum anderen ein absolut konjunkturpolitisches, weil antizyklisches Signal.

Der Größe unserer Stadt angemessen sollte bei den **Investitionsausgaben ein durchschnittliches jährliches Volumen von rd. 30 Mio. EUR brutto** angestrebt werden. Kein leichtes Unterfangen angesichts der schon lange bestehenden strukturellen Schwierigkeiten im städtischen Haushalt. Schließlich benötigte er in der Vergangenheit hin und wieder in der kameralen Welt sog. Zuführungen vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat diese Schwierigkeiten insofern **nicht verursacht, sondern bloß gesteigert!**

Bei entschlossener Haushaltskonsolidierung wird gelegentlich kritisch vom „Kaputtsparen“ gewarnt. Vergewähren wir uns aber bitte, dass viele Städte sich „Kaputtverausgaben“, was viel schlimmer ist und für das künftige Generationen teuer bezahlen müssen. Das Wort Kaputtsparen ist für mich eher ein Ausdruck von Denk-„Sparsamkeit“: wer sagt denn, dass ein Rückzug der Kommune zur vollständigen Schließung von Einrichtungen führen muss. Das Modell „Verkauf und Sanierung Schloss Atzelsberg“ lässt grüßen.

Haushaltskonsolidierung bedeutet aber nicht nur eine kritische Reflektion der Ausgaben, sondern wenn sie erfolgreich gelingen soll dann über **Ausgaben und Einnahmen**. Die Finanzausstattung der öffentlichen

Hand ist in der Tat zu verbessern. Von der gebildeten Gemeindefinanzkommission weiß ich noch nicht, ob dies durchschlagend zu erwarten ist. Skeptisch macht mich deren Aufgabenstellung: Suche nach einem aufkommensneutralen Ersatz für die Gewerbesteuer, Prüfung eines höheren Anteils an der Umsatzsteuer und die Erkundung der Möglichkeit von Zuschlägen auf die Einkommensteuer – ein Konzept, das ursprünglich für die Länder entworfen wurde, aber längst im Altpapiercontainer gelandet ist. Wie auch – eine Torte wird nicht dadurch größer, dass man die Stücke anders portioniert.

Ein Grundproblem in der politischen Diskussion ist und bleibt, dass weite Teile der Politik die Bürgerschaft über die wahren Kosten öffentlicher Leistungen im Unklaren lassen und sogar Steuersenkungen propagieren. So entsteht die Illusion, qualitativ hochwertige öffentliche Leistungen ließen sich trotz einer im internationalen Vergleich niedrigen gesamtwirtschaftlichen Steuerquote solide finanzieren. Verschärft wird das Ganze noch mit dem schon seit Generationen existierenden „deutschen Volkssport“ ein möglichst wenig bis gar nix an Steuern zu bezahlen (ich erinnere an die Aussagen von Prof. Russwurm hier im Hause zu den Steuererzahlungen der Firma Siemens), auf der anderen Seite aber gerne Leistungen des Staates im hohen Umfang und hoher Qualität zu fordern und dann auch in Anspruch zu nehmen. Nur - so kann ein Gemeinwesen, ein **Staat auf Dauer nicht funktionieren. Der Bürger ist nicht Kunde dieses Staates, er ist der Staat.** Französisch wurde mal gesagt l'état c'est moi – der Staat bin ich; das ist lange her, heute muss es richtig heißen: l'état ce sont nous – der Staat sind wir!

Wenn die Gemeindefinanzkommission einen durchschlagenden Erfolg haben will, dann muss sie sich auch des Einnahmenthemas annehmen. Dazu gehört neben der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer (z. B. durch Einbeziehung der freien Berufe) vor allem in der Bundespolitik ein ernsthaftes Erwägen der Anhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer. Die seinerzeit von der rot-grünen

Bundesregierung durchgesetzte Reduzierung war und ist ex post betrachtet nicht notwendig. Auch wenn nur ein geringer Milliardenbetrag dabei herauskommen möge, so wäre trotzdem ein nachhaltiger Beitrag zur Reduzierung des Staatsdefizits geleistet.

Bei der Haushaltsaufstellung für 2011 sind wir wie folgt vorgegangen:

1. Die Reduzierung der Personalkosten-Budgetansätze um 3%; Hintergrund sind die in den Abrechnungen Jahr für Jahr festgestellten Unterschiede zwischen Ansatz und Ergebnis, deshalb glauben wir an die Realisierbarkeit dieser Maßnahme.
2. Die Sachkostenbudgets wurden jeweils bei Ausgaben und bei Einnahmen um 5% gesenkt bzw. erhöht. Zu unserer eigenen Überraschung ist dies weitgehend in den Verhandlungsgesprächen mit den Ämtern umgesetzt worden. Bei folgenden Ämtern war dies – nicht unerwartet – nicht umzusetzen: Jugendamt, Sozialamt, EB77, KommunalBit, GME, Tiefbauamt.
3. Für die **Investitionen wurden – bis auf wenige Ausnahmen - keine Neuanmeldungen** der Ämter zugelassen. Neue Investitionen wurden nur eingestellt in den Plan 2011, wenn entweder gesetzliche Verpflichtung, Sicherheitsbelange oder Verlust von Fördermitteln zu erwarten sind. Wichtig ist mir unsere Herangehensweise zu verdeutlichen: keine neuen Maßnahmen einzugehen heißt keine Vollbremsung bei den Investitionen, sondern alle laufenden und begonnenen Maßnahmen werden fortgesetzt, wir nehmen schlicht und einfach nur den „**Fuß vom Gaspedal**“.

Und so sehen die wichtigsten Eckdaten in Mio. EUR des Haushalts 2011 aus:

	Haushaltentwurf 2011 Ansatz	Haushaltsplan 2010 Ansatz	Haushalt 2009 vorl. Ergebnis
Ordentliche Erträge	253,5	230,4	266,8
Ordentliche Aufwendungen	268,7	268,4	238,8
Fehlbetrag im Ergebnishaushalt	19,7	41,4	23,5 (Überschuss)
Finanzsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-10,8	-33,0	+15,0
Investitionen brutto	30,6	55,9	33,6
Finanzsaldo aus Investitionstätigkeit	-12,9	-19,9	-17,4
Netto-Neuverschuldung	17,9	26,6	0,9
Steuereinnahmen	139,9	125,0	144,8
• davon Gewerbesteuer	55,0	46,5 (voraus. Ist 51,5)	56,9
• davon Einkommenssteuer	56,0	46,3 (voraus. Ist 52,5)	53,8
Schlüsselzuweisung	7,7	5,4	14,6
Bezirksumlage	26,2	25,7	18,4
Personalausgaben (ohne EB)	95,6	97,4	91,5

Änderungen (= Verschlechterungen) bei Ergebnis 2009 sind zu erwarten

In Kürze eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsausgaben:

- Generalsanierung von Schulen mit 3,2 Mio. EUR, u. a. Christian-Ernst-Gymnasium, Jean-Paul-Schule
- Konjunkturpaket II und Investitionspakt mit 3,3 Mio. EUR, u. a. Hauptschule sowie Grundschule Hermann-Hedenus, Kindergarten Kriegenbrunn
- Kulturbereich mit über 4,1 Mio. EUR, u. a. Stadtarchiv, Medarchiv, Markgrafentheater

- Kindertagesstätten mit über 7,3 Mio. EUR Freien Träger mit 4,4 Mio. EUR sowie die Generalsanierung des Kindergartens Wasserturmstraße
- Straßen- und Brückenbau mit 3,3 Mio. EUR
- Errichtung von Ganztageschulen mit rd. 700.000 EUR in der Max-Elsner-Schule sowie in Büchenbach Nord/Mönauschule
- Hochwasserschutz – Schwabach mit 600.000 EUR

Insgesamt sind für Investitionen 30,6 Mio. EUR Auszahlungen vorgesehen, das sind über 25 Mio. EUR weniger als im Jahr 2010. Diesen Ausgaben stehen Grundstückserlöse und Staatszuweisungen von gesamt knapp 18 Mio. EUR gegenüber; davon stammt „nur noch“ 1 Mio. EUR aus dem Röthelheimkonto. Insgesamt ergibt sich ein **negativer Finanzsaldo** aus der **Investitionstätigkeit von 12,9 Mio. EUR**, zusammen mit dem Finanzsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt der **Finanzmittelfehlbetrag 23,7 Mio. EUR**. Ich erinnere an den im Februar verabschiedeten mittelfristigen Finanzplan, der für 2011 einen Fehlbetrag von 58 Mio. EUR erwarten ließ. Diese jetzige Reduzierung um mehr als die Hälfte war nur möglich durch im Wesentlichen

- Kürzung bzw. Verschiebung von investiven Ausgaben und dadurch eine Reduzierung des Saldos aus der Investitionstätigkeit um rd. 17 Mio. EUR
- Höhere Steuereinnahmen insbesondere bei Gewerbesteuer und Einkommensteuer um gesamt knapp 14 Mio. EUR
- Kürzung der Budgets bei Personal- und Sachkosten um rd. 5 Mio. EUR

Auch das Investitionsprogramm bis 2014 wurde unter die Lupe genommen und überarbeitet. Sie finden es im Entwurf unter den rosafarbenen Seiten ab Nr.329. Wir haben uns hierbei an der **Zielmarke** durchschnitt-

liche Bruttoauszahlungen von **30 Mio. EUR** orientiert. Diese Einhaltung bedeutet aber im investiven Plan bis 2014:

- Keine Finanzmittel für die Ringleitung Dechsendorfer Weiher
- Keine Finanzmittel für die Sanierung des Freibades West oder Neubau eines Hallenbades
- Keine Finanzmittel für die Generalsanierung des Frankenhofes
- Keine Finanzmittel für große Verkehrsprojekte wie z. B. die Kosbacher Brücke oder die StUB
- Keine Finanzmittel für das Begegnungszentrum E-West
- Keine Finanzmittel für eine große Generalsanierung der Heinrich-Lades-Halle
- **Zurücknahme des Tempos in der Schulsanierung**; dies bedeutet konkret, dass – vor allem auch ausgelöst durch die höheren Baukosten für die Generalsanierung des Christian-Ernst-Gymnasiums – der Beginn der Baumaßnahme MTG-Sporthalle von 2011 um ein Jahr auf 2012 verschoben wird, der Beginn der Generalsanierung des Albert-Schweitzer-Gymnasiums sowie des Werkstättentrakts der Berufsschule von 2012 auf 2013 verschoben wird und der Beginn der Generalsanierung des Ohm-Gymnasiums sich ebenfalls um ein Jahr auf 2014 verschieben wird.

Nur durch diese Maßnahmen war es möglich, diesen Rahmen der durchschnittlichen Bruttoauszahlungen im investiven Bereich einzuhalten. Zur Erinnerung: Der im Februar mit dem Haushalt verabschiedete Investitionsplan sah von 2011 bis 2013 Gesamt- Bruttoausgaben von ges. 113 Mio. EUR vor, was einer durchschnittlichen Ausgabe von knapp 38 Mio. EUR entsprechen würde.

Unser Ziel war und ist es im Aufstellungsverfahren einen **genehmigungsfähigen Haushalt** zu entwickeln – und dies ist keine Selbstverständlichkeit. Und wenn er genehmigt wird, bleibt abzuwarten, ob die

Regierung von Mittelfranken die wenigen neuen Maßnahmen wie z. B. die Einrichtung der Ganztagesklassen akzeptieren wird. Bereits in der diesjährigen Haushaltsgenehmigung gibt es die Auflage keine neuen investiven Maßnahmen in diesem Jahr zu beginnen. Wie dies in 2011 laufen wird, werden wir sehen müssen. Noch ein Wort zu der spät eingegangenen Haushaltsgenehmigung: Ende März lagen der Regierung bereits prüffähige Unterlagen vor, eine Genehmigung im April/Mai d. J. wäre möglich gewesen. Dass es doch so lange gedauert hat, lag mehr an dem Wechsel von Zuständigkeiten bei der Regierung und deren Annahme, dass eine verspätete Genehmigung zu automatisch weniger Ausgaben mangels Freigaben führen würde. Eine aus meiner Sicht aber wenig zutreffende Annahme. Ein Signal an den Stadtrat: sollte das Aufstellungsverfahren wieder re-reformiert werden und ein Beschluss des Haushalts im Dezember gewünscht werden, so sage ich für die Kämmerei – wir sind hier leidenschaftslos; bitte nur rechtzeitig sagen und nicht erst kurz vor der Sommerpause.

Die Lücke zwischen Einzahlungen und Auszahlungen beträgt nach den Plandaten 23,7 Mio. EUR; nach Einsatz des aus diesem Jahr zu erwartenden Überschusses gegenüber dem Plan mit rd. 6 Mio. EUR ist für 2011 der **Neuverschuldungs-Plan-Betrag** knapp 18 Mio. EUR. Auch wenn deutlich weniger als nach der letzten Finanzplanung zu erwarten, eine trotzdem erschreckend hohe Zahl. Aber jetzt gilt nicht Jammern und Klagen, sondern **Nachdenken und Handeln**. Ab sofort sind Sie als gewählte Stadträte gefordert zu diskutieren und zu ringen, wie es mit den städtischen Finanzen weiter geht. Einen Anfang gab es ja im Juni mit der Auswahl eines Beraters für die Haushaltskonsolidierung. Es gab Stimmen im Hause die meinten, das braucht man nicht, das kann die Verwaltung selber; in der Debatte fiel auch der Satz: der Oberbürgermeister und der Wirtschaftsreferent haben doch Betriebswirtschaft studiert, die mögen doch bitte die Ansätze zum Sparen aufzeigen. Vielen Dank für dieses Kompliment, aber ich will mir nicht anmaßen aufgrund meiner

Ausbildung Ihnen so ohne weiteres aufzuzeigen, wie man jetzt die Zitrone presst. Wahrscheinlich braucht es doch den Blick von außen – nicht der, der weit gereist ist, sondern einfach der „Fremde“, auf den man gewöhnlich mehr hört. Wir als Kämmerei haben oft genug unsere Hinweise und Warnungen gegeben; doch diese werden ja gerne „in den Wind geschlagen“. Beispiele gibt es dafür genug:

1. Wöhrmühlenbrücke

Mussten wirklich für ein Provisorium, das einen Umweg von nicht mal 1 km für rund sieben Monate verhindern durfte, rd. 250.000 Euro ausgegeben werden? Zusammen mit dem Kollegen Bruse habe ich seinerzeit die Position vertreten: muss diese Ausgabe wirklich sein? Ist dieses Geld nicht an anderer Stelle wichtiger einzusetzen?

2. Bäder – Sanierung und Betrieb

Ende 2007 wurde die Betriebsführung der Freibäder auf die ESTW und ein umfangreiches Sanierungs- und Hallenbad Neubau-Konzept beschlossen. Die Kämmerei warnte seinerzeit, dass erstens die Betriebsführung per Saldo mehr Kosten wird, weil zu geringe Synergieeffekte erzielt werden, und zweitens dem ehrgeizig gewollten Sanierungsvolumen keine gesicherten Einnahmen gegenüber stehen. Jetzt brauchen wir unbedingt den steuerlichen Querverbund, um diesen Nachteil wieder wett zu machen. Ob er gelingt, wissen wir heute noch nicht und wenn er gelingt, gibt es aus dem Stadtrat heraus schon wieder neue Ideen, wie man dieses Geld ausgeben kann – für die Sanierung des Freibades West.

3. Themenkomplex Belegungsrechte und Mietobergrenzen bei der Stadttochter GEWOBAU

Diese Verabredung zwischen Mutter Stadt und Tochter GEWOBAU ist sozialpolitisch ein toller Schuss aufs Tor mit eleganter Technik, betriebswirtschaftlich aber auf das falsche Tor, weil der Bund von der Konstruktion finanziell mehr profitiert.

Es gibt noch genug weitere Beispiele, dass entgegen des Rats der Kämmererei entschieden wurde, wie z. B. die Warnung, dass Umfang und Tempo der Schulsanierung die finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigt oder bei dem wieder in der Schublade verschwundenen Einstiegsbeschluss in die Realisierung des Museumswinkels vom März 2008. Es scheint ein immer wiederkehrendes Ritual zu sein, dass Politik sich Dinge vornimmt, die Financer vergeblich warnen und nachher wundert man sich, wenn man auf einen Eisberg rumpelt. Ich verstehe Kämmererei sowieso mehr als Ratgeber gegenüber dem Parlament den Weg aufzuzeigen, wie das politisch Gewollte auf dem besten wirtschaftlichen Weg erzielt werden kann. Kämmererei ist kein bloßer „Nein“-Sager, der alles mit einem „geht nicht“ abtut. Kämmererei ist aber auch – und da wiederhole ich mich – **kein Geldbeschaffer**. Kämmererei sitzt auf keiner Schatztruhe und einen Dukatenesel hat sie auch nicht! Was sollen diese häufig in der Politik verwendeten Sätze wie „da müssen mehr Gelder bereit gestellt werden“ ohne zu sagen, wo es herkommt bzw. wo es weggenommen wird? Genauso wenig kann ich was mit der Phrase anfangen „da muss nun Geld locker gemacht werden“; ich frage: kann denn Geld irgendwo festgebunden oder verschraubt sein?

An der Stelle bitte auch eine Empfehlung an den HFPA; in den vergangenen Haushaltsberatungen gab es Situationen, dass Vorlagen, die vorher in Fachausschüssen begutachtet waren, schnell durchgewunken wurden: „Dass war schon einstimmig im Fachausschuss, dann brauchen wir uns heute nicht mehr damit befassen“ – hieß es zum Beispiel. Hier wird der Haupt- und Finanzausschuss seiner Aufgabe zu wenig gerecht! Er muss mehr **Warner und Mahner** sein. Er muss viel mehr ringen um die Ausgaben! Er muss die Fragen stellen: ist das wirklich notwendig? Was passiert, wenn es dafür kein Geld gibt? Ist die finanzwirtschaftliche Ressource nicht besser für etwas anderes viel wichtiger einzusetzen? Das sind die Fragen, die ein Fachausschuss nicht stellen muss, aber von einem Finanzausschuss müssten sie schon kommen. Positiv stimmt

mich, dass in den vergangenen HFWA-Sitzungen es besser wurde und dieser eingeforderte „Kulturwechsel“ auszumachen war. Dieser ist auch absolut notwendig, denn bedenken Sie bitte folgendes: selbst wenn die **alles andere als pessimistischen Annahmen auf der Steuerseite des Finanzplans bis 2014 eintreffen**, selbst wenn es bei den durchschnittlichen Bruttoauszahlungen im **investiven Bereich von 30 Mio. EUR ohne weitere Maßnahmen** bleibt und selbst wenn die Rödl & Partner-Vorschläge mit **mind. 6 Mio. EUR zu 100%** umgesetzt werden, werden wir **trotzdem bis 2014 Haushalte mit Netto-Neuverschuldungen mit – zwar Tendenz fallend – aber durchschnittlich über 10 Mio. EUR jährlich haben!**

Die Aufgabenstellung für die laufenden Haushaltsberatungen und die nächsten Jahre lautet deshalb: die **Balance zwischen finanzieller Leistungsfähigkeit und Erhaltung städtischer Infrastruktur und Leistungen neu zu finden**. Denn dieses Gleichgewicht hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschoben. Die Frage „was können wir uns leisten“ ist immer mehr in den Hintergrund geraten. Leider – denn diese Frage ist immer und immer wieder aufs Neue zu stellen – und zu klären! Erste Ansätze für ein neues Bewusstsein zum Umgang mit der knapp werdenden Ressource Geld hat es im Sommer mit den Positionspapieren der Fraktionen zur Haushaltskonsolidierung gegeben. Meine persönliche Bewertung: sparen wollen alle, aber können es wirklich alle? Kann ein vom Volk gewähltes und auf Wiederwahl bedachtes Gremium wirklich sparen und eine entschlossene Haushaltskonsolidierung betreiben? Oder scheitert es an seinen eigenen Konflikten? Es war nicht durchgängig in den Positionen zu erkennen, dass man sich mehr nach der **finanziellen Leistungsfähigkeit** orientieren soll und muss. Eine **Prioritätensetzung** ist aber absolut notwendig, das habe ich schon mehrmals eingefordert, erste Ansätze sind auch zu erkennen. Der Prozess ist aber nicht zu Ende geführt, vielleicht weil es auch so unglaublich schwer ist. Es scheint im Wesen jeder Politik zu stecken, dass halt doch fast alles

für wichtig und notwendig erklärt wird. Zu selten fällt der Satz: das ist wichtig und notwendig, aber das können wir uns nicht leisten. Woran mag das liegen? Mit der Ressource Natur, Umwelt und Schöpfung hat man sich längst vertraut gemacht, dass sie nicht unendlich zur Verfügung steht. Man kann sie nicht ohne Rücksicht verbrauchen. Exakt genauso verhält es sich mit der Ressource Finanzen. Aber wird ein Abgeordneter, der sich konsequent fürs Sparen einsetzt, dafür belohnt? Wird ein Rat, der sechs Jahre lehrt und lebt „das können wir uns nicht leisten“ wieder gewählt? Viele der betroffenen Politiker dürften diese Frage eher mit nein beantworten. Ist aber der Bürger in der Beurteilung nicht schon viel weiter als wir glauben? Sieht er nicht, dass ein ständiges mehr Ausgeben als Einnehmen – dieses Kaputtverausgaben – nicht von Dauer sein kann? Ich glaube schon, dass die Wählerinnen und Wähler auf dieses Thema viel mehr achten als früher – genauso wie in der Beurteilung von Natur- und Umweltfragen.

Ich komme zum Schluss und halte fest: **an einer entschlossenen Haushaltskonsolidierung und sei sie noch so mühsam führt kein Weg vorbei und sie geht über Ausgaben und Einnahmen.** Aber letztlich heißt Haushaltskonsolidierung auch die schwierige Balance zu finden zwischen der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Erhaltung der städtischen Infrastruktur und Leistungen. Bisher war es so, dass die Erhaltung der städtischen Strukturen und ihrer Leistungen wichtiger war als die finanzielle Leistungsfähigkeit selbst. Dieses Ungleichgewicht wurde zuletzt immer größer! Die Schwierigkeit die Balance neu zu finden, heißt aber: was über Kostenreduzierung und Einnahmesteigerung nicht gelingt, muss über eine **Reduzierung von Infrastruktur und Leistungen** ausgeglichen werden. **Von allem ein bisschen weniger** wird eine der Überlegungen sein. Nicht Jammern und Klagen, sondern Nachdenken und mutig handeln heißt deshalb das Motto für die Haushaltsberatungen.

Konrad Beugel

Referent für Wirtschaft und Finanzen